

# Correspondent

Er erscheint  
Dienstag, Donnerstag,  
Sonnabend.  
Jährlich 150 Nummern.

für

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten  
nehmen Bestellungen an.  
Preis  
vierteljährlich 65 Pfennig.

42. Jahrg.

Leipzig, Donnerstag den 27. Oktober 1904.

№ 125.

## Aus dem Gewerk- und Genossenschaftsleben.

(Fortsetzung.)

Daß die Frage des Generalstreiks nach Amsterdam, Bremen und Italien sich für längere Zeit auf der Tagesordnung halten würde, ist zu verstehen, nicht aber, daß von deutschen Gewerkschaftlern die Möglichkeit eines solchen Kampfes so bald in nähere Erwägung gezogen werden konnte. Der Bewolmächteste des Metallarbeiterverbandes in Berlin, Wiefenthal, ist nämlich auf den schnurrigen Einfall gekommen, einen Generalstreik der organisierten Arbeiter Berlins vorzuschlagen, um auf diese Weise die Polizei Mores zu lehren über die Behandlung der Streikposten. Natürlich ist diese Idee Wiefenthals nirgend ernsthaft aufgenommen worden. Die Einwendungen des „Vorwärts“ gegen den Wiefenthalschen Plan haben jedenfalls ein überiges getan, um demselben nicht eine unverbiente Beachtung zuteil werden zu lassen. Das Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei sagte ganz richtig: „Um wirklich einen tiefen Eindruck auf Publikum und Behörden zu erwecken, dürften drei bis acht Tage lang keine Zeitungen erscheinen, müßten der Straßenbahnbetrieb, der Omnibusbetrieb ruhen, die Markthallen und Verkaufshäuser geschlossen sein! Glaubst Wiefenthal einen solchen Streik in Berlin durchzuführen zu können? Wenn nicht, dann wird die Wirkung gleich Null sein! Die Organisationen, in deren Gewerbe Friede herrscht und sogar die Friedensbedingungen mit den Unternehmern für längere Zeit festgelegt sind, können und dürfen vielleicht auch gar nicht wegen eines in diesen Verträgen nicht vorgesehenen Umstandes einfach die Arbeit einstellen, wenn sie nicht bei dem andern Kontrahenten das Vertrauen zu ihrer Vertragstreue erschüttern wollen.“ Man kann dem „Vorwärts“ auch darin beipflichten, wenn er sagt, die Notwendigkeit der Streikposten beweise die Schwäche der Gewerkschaften. Wären die Arbeiter erst einmal fast sämtlich organisiert, dann seien auch die Streikposten überflüssig. Damit soll keineswegs die Willkür der Polizei gegen Streikposten als gewissermaßen unabhängige Tatsache hingegenommen werden, sondern es soll gesagt sein, daß das Radikalmittel gegen solche Uebergriffe eine kräftige, nie ermüdende Agitation unter den indifferenten Arbeitern ist. Haben wir in dieser Beziehung erst größere, wirklich umfassende Erfolge aufzuweisen, dann erübrigt sich das Generalstreikproblem ganz von selbst. — Aber noch mehr Generalstreikfreunde lassen sich jetzt in Gewerkschaftskreisen vernehmen. Ein Flugblatt, unterzeichnet von 35 in 15 Gewerkschaften organisierten Arbeitern, schlägt nämlich zwischen Lärm. Einmal gegen Segen und Sassenbach als Delegierte zur vorjährigen internationalen Konferenz der Gewerkschaftssekretäre in Dublin, welche einen Bericht der Landesorganisation der französischen Gewerkschaften unterzulegen haben sollen, in welchem die mit dem Generalstreik und der antimilitaristischen Propaganda „erzielten Erfolge“ gepriesen werden. Und zum andern, um für eine demnächst erscheinende, diese — bewährten Kampfmittel behandelnde Broschüre Propaganda zu machen. Die Geschichte ist also ziemlich durchsichtig, allerdings auch bezeichnend für den unter den Berliner Gewerkschaftlern zum Teile vorhandenen Geist, der den Ideen, der Taktik und dem Wesen der Gruppe Rater, Fischer & Co. nicht unähnlich ist. Daß zu den Unterzeichnern auch drei Verbandsmitglieder (Paul Gerardt, Karl Stalinski und Albert Jörnisch) gehören, betrachten wir weniger als bedenklich, denn als selbstverständlich, da es doch mit dem Teufel zugehen müßte, wenn bei irgend einer nicht alltäglichen Sache die Buchdrucker fehlen sollten. — Die Frage des Generalstreiks fand in der Gewerkschaftspresse selbstredend auch Erwähnung und es zeigte sich hier eine größere Uebereinstimmung als bei der der Malfeier. Daß die Anschauung des Dr. Friedeberg, welcher mittels der Gewerkschaftsbewegung den heutigen Staat und die heutige Produktionsweise stützen möchte, allgemein in den sich hierzu äußern Gewerkschaftsblättern auf Widerspruch stieß, ist ja nicht anders als selbstverständlich. Der „Grundstein“ sagt nach einer gründlichen Widerlegung dieses Standpunktes von Friedeberg aber auch in bezug auf den italienischen Demonstrationstreik: „Diese glücklicherweise erfolgreiche Kraftprobe darf aber nicht dazu verleiten, um den politischen Massenstreik unter allen Umständen als empfehlenswertes Mittel zu erachten.“ Der „Textil-

arbeiter“ sagt, durch den leidlichen Ausfall des italienischen Generalstreiks sei das Interesse an dieser Frage wieder lebendiger geworden. Ein Generalstreik — der wirtschaftliche wie der sogenannte politische Massenstreik — seien nur bei der Voraussetzung einer kurzen Dauer denkbar und erfolgreich. Auf die Ursachen, die Forderungen und die Möglichkeit des Nachgebens läßt er es in beiden Fällen an; „es muß sich bei dem Generalstreik um Forderungen handeln, die von denen, an die sie gerichtet sind, ohne bedeutende Schädigung ihrer eignen Interessen erfüllt werden können.“ Der verehrliche Leser wird zugeben, daß das der Stein der Weisen ist. In Italien hat es sich anscheinend um eine solche erfüllbare Forderung gehandelt — in Wirklichkeit wollte man auch den Sturz Violittis — wie aber, wenn ein Generalstreik oder ein politischer Massenstreik um größerer Zwecke willen gekämpft wird, die nicht in kurzer Zeit zu erreichen sind, weil der Preis des Kampfes für die Angegriffenen ein zu hoher ist? Der „Textilarbeiter“ sagt in dieser Beziehung: „Auf längere Zeit könnten die Arbeiter infolge der durch den Generalstreik eingetretenen allgemeinen Zerrung aller Bedarfsartikel nicht zusammengehalten werden. Der Hunger würde zu Unruhen führen und die Unruhen zu Eingriffen der bewaffneten Macht, wobei der Streik in einem Blutbade ertränkt würde... Wenn die Entscheidung nicht schnell zugunsten der Ausständigen fällt, muß der Kampf abgebrochen werden — wenn er nicht durch sich selbst sein Ende finden soll. Und das muß er bei längerer Dauer infolge seiner Allgemeinwirkung, die sich naturgemäß auch gegen die Ausständigen selbst richtet, finden. Durch den Generalstreik bringt sich die Arbeiterschaft mit der Zeit eben selber um die Möglichkeit, ihn fortzusetzen, denn sie bringt sich selber um die Mittel, zu leben. Die gesamte Arbeiterschaft übernimmt hier die Rolle streitender Bäder, die die Arbeit verweigern, weil sie zu wenig zu essen bekommen, die aber schließlich gar nichts zu essen hätten, wenn ihr Beispiel überall und von jedermann nachgeahmt würde.“ Der „Tabakarbeiter“ behandelt nach die Frage des politischen Massenstreiks und das ist insofern gut, als über den von Friedeberg und Gen. gewünschten, von den Gewerkschaften zu führenden Generalstreik die Meinungen überhaupt nicht differieren, bis auf die Lokalfisten und die Berliner Flugblattherausgeber natürlich. Das letztgenannte Gewerkschaftsblatt läßt nun in seinen Erwägungen über die Möglichkeit und die Chancen eines politischen Massenstreiks eine solche Rückständigkeit des Urteils über die wirkliche Lage der Dinge erkennen, die jetzt, nachdem vom Bremer Parteitag quasi die Parole zur Diskussion dieser Frage gegeben worden ist, recht wohlthuend wirkt. Die Beispiele von Belgien und Italien hätten nur zu deutlich gezeigt, daß der Generalstreik kein Unversalnmittel sei, durch das die bürgerliche Gesellschaft und der moderne Militärstaat aus den Angeln gehoben werden können. Ob durch eine regere Diskussion die Idee eines Generalstreiks eine festere Gestalt annehmen werde, müßte die Folge lehren: „Wir sind der Meinung, es werde die eingehende Erörterung die Träger dieser Idee an Zahl vermindern.“ Es wäre vermessen, zu sagen, welche Mittel gegen ein eventuelles Attentat auf das Reichstagswahlrecht angewandt werden sollten. „Als der Wucherzolltarif drohte, war man sich in der Partei einig, daß mit allen Kräfte dagegen angekämpft werden müsse, und die Partei hat dann den Kampf mit Bravour geführt. Kein Genosse ist damals auf den Gedanken geraten, den Generalstreik als ein Hauptkampfmittel gegen die Wucherzollerei zu empfehlen. Und doch wurden die Volksmassen in bisher kaum erlebtem Maße durch die Ausflüchte auf schwere materielle Schädigungen aufgerufen. Das ist erklärlich; das materielle Interesse geht den politisch indifferenten oder von den herrschenden Klassen noch im Schlepptau erhaltenen Massen näher als die ideellen Aufgaben, die den Ausbau und die Erhaltung von Volksrechten zum Ziele haben.“ Wie recht der „Tabakarbeiter“ mit dieser seiner Meinung hat, schildert uns Edmund Fischer in den „Sozialistischen Monatsheften“ an dem Beispiele der Wahlrechtsentziehung in Sachsen, dem „roten Königreich“. Die Masse des Volkes sei nicht zu einem flammenden Proteste zu begeistern gewesen trotz allen Mühsens, dagegen war bei der Kronprinzessinassäre alles wie elektrisiert! Der „Tabak-

arbeiter“ sagt dann: „Auf diesen Angriff — die Aufhebung des allgemeinen und geheimen Wahlrechtes — die Massen vorzubereiten, ist allerdings die Aufgabe der Sozialdemokratie, aber sie würde dem Volke und der Sache schlecht dienen, wenn sie die Massen für ein Kampfmittel faszierte, für das sie nicht auch zugleich den sichern Erfolg verbürgen könnte. Und wer will einem Generalstreik oder politischen Massenstreik sichern Erfolg verbürgen?“ Nach dem Beschlagen der Streikfaktion müßte der Rückschlag um so bedeutender sein, denn die enttäuschten Massen würden viel schwerer für die sozialdemokratische Organisation zurückzugewinnen sein, als sie zu dem fehlgeschlagenen Kampfe herangezogen werden konnten. „Belänge es jedoch, die arbeitenden Klassen in ihrer überwiegenden Mehrheit für die zweifelhafte Aktion eines politischen Streiks zu organisieren — wohlgemerkt: zu organisieren, nicht nur im Augenblicke der Gefahr fortzureißen —, nun dann wollen wir getrost den Zeitpunkt abwarten, wo uns diese Organisation gelungen ist, denn dann ist diese organisierte Masse in ihrem politischen Denken auch so hoch gehoben, daß sie über ihr Kräfteverhältnis sicherer urteilen kann und hat so viel Erfahrungen gesammelt, daß sie vielleicht ganz andere Kampfmittel für ihre Rechte und ihre Ziele ergreift, als man heute von verschiedenen Seiten ihr vor schlägt.“

Das sind die hauptsächlichsten Stimmen in der Gewerkschaftspresse über die Frage des Generalstreiks in beiderlei Gestalt. Man muß gesehen, sie sind für die Inzenerierung eines solchen Kampfes von Seiten der Gewerkschaften vernünftig; wir haben deshalb unseren Ausführungen in den Nr. 99 und 111 dieses Jahres über diese Materie nichts mehr hinzuzufügen. Aber bei aller Gegnerschaft gegen Dr. Friedeberg müssen wir doch anerkennen, daß durch alle seine Ausführungen sich gleich einem roten Faden eine sehr hohe Einschätzung der in der Gewerkschaftsbewegung konzentrierten Kraft zieht. Erst am 18. Oktober d. J. kam diese Anerkennung in einer Berliner Versammlung wieder in den Worten zum Ausdruck: „Darum betone ich auch die Gewerkschaftsbewegung so stark, weil durch sie der Einzelne genötigt wird, mit seiner ganzen Person für die Sache einzutreten.“ Wie gesagt, in dieser Beziehung befinden wir uns mit Dr. Friedeberg in vollem Einverständnis. Die von demselben propagierten Experimente würden aber die Gewerkschaften gerümpeln, die jahrzehntelange, und doch nur so unvollkommen geglückte Arbeit mit einem Schläge wieder zu nichte machen. Deshalb kann die Friedebergische Generalstreikidee auch nicht energig genug bekämpft werden.

Doch auch der politische Massenstreik ist durchaus zu verwerfen und wir freuen uns, daß die drei Gewerkschaftsorgane „Der Grundstein“, „Der Textilarbeiter“, „Der Tabakarbeiter“, welche sonst recht radikale Töne anschlagen, diesem Kampfmittel so skeptisch, wenn nicht ganz ablehnend gegenüberstehen. Wie liegen denn die Dinge eigentlich? Die deutschen Arbeiter sind erst zu 17,70 Proz. wirklich gewerkschaftlich organisiert. Eine Million Gewerkschaftler und drei Millionen Stimmmittel für die Sozialdemokratie, d. h. bestenfalls drei Millionen Menschen könnten mobil gemacht werden gegen die Verschlechterung des Wahlrechtes. Den Fall wirklich einmal angenommen, verblieben allein noch 9520477 Wahlberechtigte, die nicht zur Sozialdemokratie zählen. Daß von neunemhalb Millionen sich ein nennenswerter Teil an einem politischen Massenstreik zur Erhaltung des Wahlrechtes beteiligen würde, ist ebenso ausgeschlossen wie die Möglichkeit, daß alle drei Millionen sozialdemokratische Wähler dies tun werden. Man müßte sogar ganz bedeutend auf die politisch und gewerkschaftlich indifferenten spekulieren, um Elemente, die für die eine wie für die andre Sache weder Interesse, noch Geld, denn Begeisterung übrig haben, um an eine Aufhebung von drei Millionen Deutschen zu denken. Das sagen wir denn doch, wenn zur Verteilung eines der heiligsten Volksrechte ein solcher Appell an das Schwert nötig ist, dann verspekuliert man sich gründlich. Ein Sieg könnte also nur mit Hilfe der Indifferenten errungen werden — eine gewiß faule Perspektive! Die politischen Massenstreiks in Belgien, Holland haben uns gezeigt, wie diese Mittel unter den gegebenen Organisationsverhältnissen fehlgeschlagen müssen; diese Kämpfe haben mit ihren Opfern

aber auch bewiesen, daß die Worte von Paul Kampffmeyer in der „Münchener Post“: „Der Generalstreik braucht aber durchaus nicht mit wildwüchsenden Koken auf die Barrikade loszumarschieren. Er kann mit geordnetem Saar, friedfertig, aber doch entschlossen einem bestimmten politischen Reformziele zusteuern“, nur eine Phrase ist, die durch die Tatsachen kräftig widerlegt ist. Der italienische Generalstreik, der, nebenbei bemerkt, einen Schaden von 250 Millionen Lire verursacht haben soll — jedenfalls eine zu hoch gegriffene Summe — hat die Kampfmeyer'sche Ansicht auch nicht gerade bestätigt. Der holländische Arbeiterführer Mlegien ist bekanntlich von einem Anhänger zu einem Gegner des Generalstreiks in jeder Form geworden und der alte Grenlich schrieb ebenfalls im vorigen Jahre: „Als nichtsbewirkende Geplänkel haben sich bis jetzt alle Verträge von Generalstreiks bewiesen, sie haben nur der Arbeiterchaft selbst geschadet, mühsam aufgebauete Organisationen vernichtet und damit die Arbeiter gezwungen, immer wieder von neuem aufzubauen — Kräfteerschöpfung! Der Generalstreik ist eine Kinderphantasie der mangelhaft organisierten Arbeiterchaft.“ Wir kennen tatsächlich nur ein Mittel gegen alle Möglichkeiten und Ursachen eines Generalstreiks, einen Weg, der alle Ansprüche auf Volkswohlfahrt und die Volksrechte zu schanden machen kann. Es ist auch das vom „Tabakarbeiter“ empfohlene Rezept, das einst von Liebknecht so viel gebrauchte Zauberwort: Agitieren und organisieren!

(Fortsetzung folgt.)

## Korrespondenzen.

**W. Düsseldorf.** Eine am 20. Oktober in der „Städtischen Tonhalle“ tagende, zahlreich besuchte außerordentliche Hauptversammlung des Vereins rheinisch-westfälischer Buchdruckereibesitzer in Köln hatte sich mit dem Wiederanschluß an den Deutschen Buchdrucker-Verein zu Leipzig zu befassen. Ende der 80er und anfangs der 90er Jahre hatte die Entwicklung der im Buchdruckgewerbe zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern bestehenden Tarifgemeinschaft eine derartige Gestalt angenommen, daß die Prinzipalität in Rheinland-Westfalen sich gezwungen sah, eigene Wege zu wandeln und eine eigene Tarifgemeinschaft, den rheinisch-westfälischen Tarif, zu bilden. Die Trennung in der Tarifgemeinschaft führte auch zu einer solchen des Kreises Rheinland-Westfalen vom Deutschen Buchdrucker-Verein und zur Bildung des Vereins rheinisch-westfälischer Buchdruckereibesitzer. Nach langen Kämpfen erfolgte dann in den Jahren 1901/02 wieder der Anschluß der beiden Provinzen an die Tarifgemeinschaft der deutschen Buchdrucker. Die einfache Folge war, daß auch der Anschluß an den Deutschen Buchdrucker-Verein gefunden werden mußte, denn die Deutsche Buchdrucker-Tarifgemeinschaft hat, wenn sie Bestand haben soll, eine einheitliche, zentral geleitete und dezentral arbeitende Organisation der den Tarifvertrag schließenden Teile, der Prinzipale einerseits und der Gehilfen andererseits, zur notwendigen Voraussetzung. In einer Besprechung in Stolzenfels im Mai 1903 wurden die Grundbedingungen für den Wiederanschluß des Vereins rheinisch-westfälischer Buchdruckereibesitzer an den Deutschen Buchdrucker-Verein festgelegt, die dann auch später in der Hauptversammlung des Deutschen Buchdrucker-Vereins in Straßburg i. E. in den Tagen vom 9. bis 11. Juni d. F. volle Berücksichtigung bei Festlegung der „Neuen Satzungen“ fanden. Dies wurde in der Düsseldorf'schen Versammlung allseitig anerkannt und nachdem auch bezüglich der Beitragspflicht des Kreises II (Rheinland-Westfalen) zu den Kasseneinrichtungen des Deutschen Buchdrucker-Vereins, an welchen der Verein rheinisch-westfälischer Buchdruckereibesitzer wenig Interesse hatte, eine beide Teile befriedigende Vereinbarung getroffen worden war, wurde der Wiederanschluß beschlossen. So umfaßt jetzt der Deutsche Buchdrucker-Verein wieder das ganze Deutsche Reich. Ein weiterer Punkt der Tagesordnung über die „Besprechung des Scheidenerunwefens und des Unwefens des Schmieren“ mußte der vorgeordneten Zeit wegen zu einer späteren Beratung zurückgestellt werden. Die Mitteilung der Einwirkung einer städtischen Druckerei in Düsseldorf erregte den lebhaften Einspruch der Versammlung; sie beauftragte ihren Vorstand, aus moralisch-sozialwirtschaftlichen Gründen gegen dieses Vorgehen Einspruch zu erheben und in geeigneter Weise dagegen vorstellig zu werden.

**Essen.** (Berichtigung.) Kollege K. als Schriftführer schreibt in dem Berichte der Ortsversammlung vom 1. Oktober (Nr. 122 des „Corr.“): „Für die im nächsten Monate hier stattfindenden Kommunalwahlen sind seitens der sozialdemokratischen Partei vier Kandidaten, darunter unser Gauverwalter Ewald Müller, aufgestellt worden. Von Seiten des Vorsitzenden erging die Aufforderung an die Mitglieder, geschlossenen für diese Arbeiterkandidaten einzutreten.“ Die Wiedergabe des Schlußes meiner Ausführungen ist falsch und sehe ich mich veranlaßt, die gemachten Äußerungen im Auszuge genau dem Sinne nach wiederzugeben: „... darunter unser Gauverwalter Ewald Müller aufgestellt worden. Der Vorsitzende bittet sämtliche Kollegen, ganz gleich, welche politische Überzeugung sie haben, für die Wahl des Gauverwalters Müller einzutreten, der uns als Kollege nahe steht, und von dem wir wüßten, daß er ein erfahrener Gewerkschaftler, ein langjähriges Mitglied des städtischen Wohnungsausschusses sowie ein tüchtiger Vereinsbeamter sei, den wir deshalb als einen befähigten Vertreter der Arbeiterchaft und speziell auch der Buchdrucker ansehen müßten.“ Zu dieser Richtigstellung sehe ich mich

gezwungen, da ich es für unvereinbar mit den Pflichten eines Bezirks- oder Ortsvorsitzenden uniers parteipolitisch neutralen Verbandes halte, als Vorsitzender in der Versammlung für irgend eine Partei Propaganda zu machen, besonders aber wäre hier in Essen dieser Standpunkt ein verfehlter, da wir hier mit einer Reihe tüchtiger Verbandskollegen zu rechnen haben, die anderen Parteien näher stehen als der Sozialdemokratie. Der christlich-graphischen Gewerkschaft würde durch eine solche parteipolitische Propaganda erst ein Schein von Dajeinsberechtigung gegeben. Kollege K. hätte diese meine Stellungnahme wijfen müssen, auch wenn er meinen Ausführungen nicht gefolgt ist. Meiner politischen Ueberzeugung tut diese Stellungnahme keinen Abbruch. Im übrigen rufe ich auch von dieser Stelle nochmals den wahlberechtigten Essener Verbandsbuchdruckern zu, sämtlich für unjeren Kollegen Müller bei den Kommunalwahlen einzutreten. Karl Bodmühl.

**Heidelberg.** Dem Beispiele anderer Druckstädte folgend, hat sich auch am hiesigen Plage eine „Typographische Vereinigung“ konstituiert und haben bereits 25 Kollegen ihren Beitritt erklärt. Die Vorstandswahl zeitigte folgendes Ergebnis: L. Bürger, erster Vorsitzender; A. Buschang, zweiter Vorsitzender; G. Hürde, Kassierer; F. Doppermann, Schriftführer; Ungewidel, Beisitzer. Eventuelle Zuforderungen werden an die Adresse des Vorsitzenden L. Bürger, Untere Straße 3, erbeten.

**dt. Jena.** Die zweite Ordentliche Bezirksversammlung des Bezirks Jena fand am 16. Oktober in Kahlhain. Anwesend waren 102 Kollegen, und zwar aus Jena 49, Saalfeld 31, Rudolstadt 18 und aus Kahlh. 4. Außerdem wohnte der Gauvorsitzer Palm-Weimar der Versammlung bei. Aus den Berichten der einzelnen Orte war zu entnehmen, daß sich für das Berichtsjahr in organisatorischer Hinsicht ein Stillstand bemerkbar gemacht hat, herbeigeführt durch eine in mehreren Orten herrschende ungünstige Geschäftskonjunktur. Beschäftigt wurden 252 Gehilfen (am Schluß des vorigen Jahres 273), davon 188 Mitglieder der Lehrlinge wurden 65 gezählt. Der Bezirksvorsitzende Wolf hielt einen Vortrag über die neue Geschäftsordnung der Tarifarbeitsnachweise, der sehr beifällig aufgenommen wurde. Als Ort der nächsten Versammlung wurde Jena gewählt. Ein Antrag, den an der Versammlung teilnehmenden Konditionskollegen 3 Mt. Gehalts aus der Bezirkskasse zu bewilligen (die einen Beitrag von 452,01 Mt. hat), fand Annahme. Nachmittags wurde ein Ausflug nach der Leuchtenburg unternommen.

## Rundschau.

Eine ausländische Stellenvermittlung für konditionskollegen Buchdrucker hat Herr Fedor Fuchs in Erfurt errichtet. Wir kennen diesen Mann nicht näher; was wir aber aus seiner Korrespondenz mit reflektierenden Kollegen folgern können, läßt in Herrn Fuchs einen recht geschäftsgewandten Mann vermuten, dessen heißes Bemühen um Vermittlung deutscher Werkzeher nach London bzw. England für die stehenden deutschen Kollegen in erster Linie recht bedeutend werden kann. Unsere Leser wissen, daß die Arbeitslosigkeit unter den Buchdruckern der Themisstadt gegenwärtig eine sehr große ist, so groß, daß die Londoner Sehergesellschaft in der dritten Septembertwoche 1100 arbeitslose Mitglieder aufzuweisen hatte, weshalb sich eine Beitragserhebung notwendig macht. Es liegt auf der Hand, daß unter solchen Umständen auch für deutsche Seher in London jetzt der Weizen nicht blüht und in der Provinz dürfte nach solchen überhaupt nur ganz vereinzelt Nachfrage sein. Wenn nun Herr Fedor Fuchs in Leipziger Tagesblättern deutsche Werkzeher sucht, so kann es dabei nur auf ganz etwas andres abgesehen sein als um die Vermittlung von momentan in London benötigten deutschen Sehern. Die den Respektanten zugehenden Schreiben besagen nämlich, daß der Engagementsabschluß ziemlich sicher sei infolge des beschränkten Angebotes. Da aber jeder der nicht wenigen sich Meldenden eine gleichlautende Zuschrift erhält, so ist die Sache schon offensichtlich; noch deutlicher läßt sich jedoch das eigentliche Bestreben des Herrn Fedor Fuchs erkennen bei der Einleitung, daß die betreffende Offerte an seinen Londoner Auftraggeber abgeht, sobald der Respektierende sich zur Zahlung von 1/2 Proz. des ersten Jahreseinkommens an Fuchs verpflichtet. Die Zahlung der sich auf 10,50 Mt. belaufenden Vermittlergebühren ist aber schon nach einem Vierteljahre fällig; der betreffende Kollege läßt also jede Woche während des ersten Vierteljahres 1 Mt. für Herrn Fuchs zur Verfügung. Außerdem berechnet der Herr 1,50 Mt. für Inserate und Schreibkosten, für welche er gleich mit dem ersten Schreiben eine vollständig ausgefüllte, auch mit verpflichtender Erklärung und dem Datum des Einzahlungstages versehene Postanweisung mitsendet. Daß Fuchs dabei mehr wie auf seine Rechnung kommt, ist klar. Herr Fedor Fuchs ist also der würdige Nachfolger des Herrn Klippel in Berlin, der durch die öffentliche Kritik an seinem Geschäftsgebahren nun wohl keinen Buchdrucker mehr auf seinen Leim locken wird. Auch vor Herrn Fuchs können wir die Kollegen nur warnen, da derselbe samt seinem Londoner Auftraggeber für sich nur materielle Vorteile bei den deutschen Kollegen herauszuschlagen möchte. Falls jemand über den Herrn Fuchs, sein Exportgeschäft und seine Londoner Beziehungen nähere Mitteilungen machen kann, so würden wir solche mit Dank annehmen.

Streitigkeiten aus dem Lehrverhältnisse bisleben in einer nicht genannten Stadt Lothringens den Gegenstand einer Klage vor dem Gerichte. Ein im April 1903 bei einem Buchdruckereibesitzer als Seherlehrling eingetretener junger Mensch verließ Ende September v. J. seine Lehrstelle eigenmächtig und war weder durch Vorstellungen bei seinem Vater, noch durch die Aufforderung der Krispolizeibehörde zur Rückkehr zu bringen. Unter diesen Umständen erklärte der in Betracht kommende Prinzipal das Lehrverhältnis für gelöst und machte den ihm zustehenden Schadenersatzanspruch gegen den Vater des Knaben geltend. Derselbe wurde dann auch zur Zahlung von 150 Mt. und zur Tragung sämtlicher Kosten verurteilt, weil entgegen den Angaben des Vaters und des Lehrlings die Ausbildung nicht vernachlässigt sei und von Mißhandlungen nicht geredet werden könne. Nun hatte ein anderer Druckereibesitzer den Knaben inzwischen in die Lehre genommen; dieser wurde nun aufgefordert, den Lehrling zu entlassen, weil derselbe noch zur Fortsetzung des ersten Lehrverhältnisses verpflichtet sei. Als der zweite Lehrherr sich dessen weigerte, wurde auch er auf Schadenersatz verklagt; doch kam er mit der Verpflichtung zur Tragung der beträchtlichen Kosten davon, weil er den Lehrling inzwischen doch entlassen hatte. Aber auch ein dritter Buchdruckereibesitzer wäre um Haaresbreite einer Beitragsverfallung — er hatte den jungen Mann als Gehilfen eingestellt — wenn er denselben nicht noch entlassen hätte. Der junge Mensch, um den sich drei Prinzipale gerissen, ist inzwischen über den großen Teich gegangen, wo er hoffentlich weniger zum Streitapfel wird.

Zur **Ruhstrat-Biermann** „Reisenzboten“-Affäre können wir noch einiges nachtragen. Der Strafantrag Biermanns gegen den Minister Ruhstrat wegen Verdadtes des Meineids ist von der Staatsanwaltschaft abgelehnt worden, „da die Beweisaufnahme nichts Belastendes ergeben hat.“ Biermann ist trotzdem noch immer in Haft gehalten; das Oberlandesgericht begründet seine Ablehnung damit, daß Biermann vielleicht noch sein Unrecht einsehen und, falls er dann auf freien Fuß gesetzt würde, aus Furcht vor Strafe flüchten würde! Der Minister hat auch noch gegen das „Norddeutsche Volksblatt“ und gegen die „National-Ztg.“ Strafantrag gestellt. Ueber die Ablehnung des Strafantrages gegen den Minister schreibt die „Bremer Bürger-Ztg.“: „Daß kein Protokoll über die eiblichen Auslagen des Ministers aufgenommen ist, ist ja sehr merkwürdig, daß die Minister sich nicht erinnern können, ist noch merkwürdiger, daß der Staatsanwalt sich aber auf den stenographischen Bericht des „General-Anzeigers“ stützt, ist das merkwürdigste Stückchen in der ganzen Aktion. Und das ist alles, womit der Antrag begründet wird. Dies vereinfachte Verfahren läßt allerdings einen vierverprechenden Blick in die Zukunft tun!“ Wie aus den Tageszeitungen zu ersehen gewesen, hat der juristische Minister Ruhstrat mit dem Ausdruck Preßbengel (gegen den Redakteur Schweyner angewandt) das Kapitel der für Journalisten gebräuchlichen Titulaturen und Bezeichnungen um eine kräftige Nummer vermindert. Der „Reisenzbote“ hat mit seinen bis jetzt erschienenen 100 Nummern es schon zu einem ansehnlichen „Sündenregister“ gebracht, nämlich auf 23 Monate Gefängnis und 7000 Mt. an Geldstrafen und Prozeßkosten. Der Redakteur Schweyner hat übrigens eine Beleidigungsklage gegen Ruhstrat angekündigt.

Der Verfasser des Romans „Ertklassige Menschen“, Graf Baußnitz, wurde vom Berliner Landgerichte wegen Beleidigung des preußischen Offizierkorps zu 300 Mt., der Verleger des Buches zu 200 Geldstrafe verurteilt. Außerdem erhielten die Inhaber der Zantke'schen Verlagsbuchhandlung noch je 200 Mt. Geldstrafe wegen Verbreitung des Romanes nach dessen Beschlagnahme. Der Sachverständige Detlev von Klentron tat sich in der Verhandlung sehr etwas zugute in der Abwehr der vermeintlichen Angriffe auf das Offizierkorps.

Eine Reform des Vereins- und Versammlungswesens ist von der Regierung der Reichslande für nächstes Jahr versprochen worden. Wie richtigdies bislang die Verhältnisse auf diesem Gebiete in Elsaß-Lothringen lagen, haben wir vielfach zu zeigen Gelegenheit gehabt. Der Arbeiterbewegung war die Diktatur sehr nachteilig; mit dem aus der Zeit des zweiten französischen Kaiserreiches datierenden Vereinsgesetze haben die Behörden tatsächlich alles angefangen.

Die Verstaatlichung der Hibernia ist nun auch in der zweiten zur Beschlußfassung über den Antrag der preußischen Regierung einberufenen Generalversammlung dieser Gesellschaft abgelehnt worden.

In den letzten Wochen haben eine Reihe von sozialpolitischen Kongressen stattgefunden, deren Wiedergabe auch in unjeren Spalten notwendig erscheint, wenn dies auch nur in knapper Form möglich ist. Der besten Zusammenfassung wegen haben wir mit der Besprechung gewartet, bis auch die Ergebnisse des ersten Wohnungskongresses vorlagen. Die dritte Generalversammlung der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz in Basel sah unter den 60 Delegierten zwölf Regierungsvertreter, darunter zwei aus Deutschland; vertreten waren also die Regierungen von Deutschland, Oesterreich, Belgien, Frankreich, Italien, Holland, Luxemburg, Norwegen, Ungarn und der Schweiz, auch der Papst hatte einen Vertreter entsandt. Diese Vereinigung besteht erst drei Jahre; ihr Wirken kann also nicht wohl schon Berge versetzen haben, aber Grund und Boden für ihre Ideen hat sie sicher gefunden, was ja auch die Veröffentlichungen des Internationalen Arbeits-

amtes beweisen, dem jetzt von fast 100 Staaten Publikationen über Stand und Gang des Arbeiterchutzes zugehen. Das Internationale Arbeitsamt für 1904 und 1905 mit einem Fehlbetrag von 60000 Francs zu rechnen hat, ist daher bedauerlich. Es wurden als Mittel zur Beseitigung dieses unerfreulichen Zustandes eine größere Verbreitung des Bulletins (Sammlung von Arbeiterchutzesgesetzen und Verordnungen aller Länder) empfohlen, weiter sollen die Regierungen um eine fortlaufende Subventionierung dieser Institution ersucht werden. Nach den Versicherungen des deutschen Ministerialdirektors Caspar, welcher der Internationalen Vereinigung alle Anerkennung zollte und als festen Willen der deutschen Regierung aussprach, daß selbige auf dem einmal betretenen Wege der Sozialreform und des Schutzes der Arbeiterinteressen „nach Maßgabe der Verhältnisse“ fortzuschreiten gesonnen ist, kann eine höhere Unterstützung von Deutschland wohl als gesichert gelten. Der von der Internationalen Vereinigung gegebenen Anregung zu einer Konferenz der Regierungen, welche über die Beseitigung des Phosphors aus der Zinnholzinindustrie und die gewerbliche Nachtarbeit beraten soll, hat der Schweizer Bundesrat entsprochen, und von vielen Regierungen liegen schon Erklärungen über ihre Teilnahme vor. Nicht minder freudig wurde die Mitteilung des Exministers Müllerand angenommen, welcher von einer der Vereinigung von ungenannter Seite vermachten Zuwendung von 25000 Mk. Kunde gab, die zu einem Preisauschreiben zur Bekämpfung der Bleicharbeit in Bleihütten, bei der Fabrikation und Verwendung von Bleifarben, in Buchdruckereien (Scherzjäten) und Viehereien Verwendung finden sollten. Müllerand sprach ferner, unter Hervorhebung der gesundheitlichen Gefahren, über die Verwendung von Bleiweiß und Phosphor und die Nachtarbeit der Frauen. Die von den Kommissionen ausgearbeiteten Resolutionen zur Bleicharbeit und der Verwendung von anderen gewerblichen Giften wurden angenommen. Das völlige Bleiweißverbot ist danach das Hauptziel, wo es nicht durchgeführt werden kann, sollen schleunigst weitgehende Verhütungsvorschriften erlassen werden. Für die systematische Bekämpfung der übrigen gewerblichen Vergiftungen wurden entsprechende Leitfäden aufgestellt, worunter auch die Regelung der Arbeitszeit für Arbeiter, welche mit Giften zu arbeiten haben, aufgeführt ist. Die Frage der Nachtarbeit der jugendlichen Arbeiter wurde als dringlich erklärt und soll den nächsten Kongreß beschäftigen; inzwischen werden sich jedoch die Sektionen mit ihr befassen und Erhebungen veranstaltet werden zur Erforschung der maßgebenden Verhältnisse. Auch über die Lage der Heimarbeiter soll erst eine Enquete vorgenommen werden. Betreffs der Versicherung der ausländischen Arbeiter gegen Unfall und Krankheit verlangten die Referenten Gleichstellung der inländischen mit den ausländischen Arbeitern, welcher Forderung auch zugestimmt wurde. Wegen einer erheblichen Minderheit wurde dann noch beschlossen, den Sektionen die Frage der gesetzlichen Beschränkung der Maximalarbeitszeit der im Handel und in der Industrie beschäftigten Arbeiter zu überweisen. Man sieht, an gutem Willen fehlt es dieser Vereinigung von Sozialreformern nicht. Inwieweit die Regierungen ihren Wünschen entsprechen werden und können, hängt nicht zuletzt von der Arbeiterschaft eines Landes ab, die auch hier der treibende Keil sein muß.

Die Gesellschaft für soziale Reform hielt in Mainz ihre zweite Generalversammlung in Anwesenheit von etwa 100 Teilnehmern ab, unter denen die Vertreter der sogenannten nationalen Arbeiterbewegung und die katholischen Sozialpolitiker besonders bemerkt wurden. Diese Gesellschaft ist am 6. Januar 1901 gegründet, sie besteht also noch nicht ganz vier Jahre. Die ihr entgegengebrachten Sympathien sind gewiß nicht größer als die ihr bezugte Feindschaft von Arbeiter- wie Unternehmerseite. Mag aber auch die Einschätzung der Bestrebungen und der Tätigkeit der bürgerlichen Sozialreformer bei den Arbeitern eine verschiedene sein — Anerkennung und Verwertung dürften sich ungefähr die Wage halten —, bei den Unternehmern finden sie jedenfalls weit geringere Gegenliebe. Die „Arbeitgeber-Zeitung“ sagt z. B. in ihrer letzten Nummer: „Ebenso unterschätzen wir auch nicht die Gefahren, die der gewerthätigen Allgemeinheit dadurch bereitet werden, daß Sozialpolitiker vom Schlage des Professor Dr. Franke als die Hauptaufgabe der Gesellschaft die Anspitzung der Arbeiter gegen die Arbeitgeber anzuführen belieben“. Dergleichen Liebenswürdigkeiten hat der eigentliche Leiter der Gesellschaft für soziale Reform von dieser Seite schon des öftern zu hören bekommen. — In seiner Eröffnungsansprache nach dem auch Professor Franke auf die Angriffe von rechts und links zu sprechen, und konstatierte mit um so größerer Genugtuung die sicher, wenn auch langsam fortschreitenden Erfolge der Gesellschaft. Der heftigste Ministerialrat Braun hielt eine bemerkenswerte Ansprache, die von einem Regierungsvertreter eines andern deutschen Staates bestimmt nicht zu hören gewesen wäre; mit Entschiedenheit widerlegte er den Einwand, es sei schon genug geschehen zur materiellen und idealen Hebung der Lage der Lohnarbeiter. Dr. Harms-Lübingen hielt ein Referat über Arbeitskammern, die vorläufig nur für die Industrie gegründet werden sollen. Die Versicherung, daß in dieser paritätischen Vertretung die reinen Arbeiterinteressen nicht genügend berücksichtigt werden könnten, hält Dr. Harms für hinfällig, da den Arbeitern doch das Separatvotum verbleibe. Der Korreferent, Magistratsrat von Schulz-Berlin, trat zwar auch für Arbeitskammern

ein, empfahl aber entgegen Harms die Angliederung an die Gewerbevereine, dabei auf seine langjährigen Erfahrungen über das Zusammenarbeiten zwischen Unternehmern und Arbeitern am Berliner Gewerbevereine verweisend; die Mitglieder der Arbeitskammern sollten deshalb aus diesen geschulten und bewährten Beisitzern gebildet werden. Die Diskussion über die Frage Arbeitskammern oder Arbeiterkammern war eine sehr reger. Der Sekretär der Kölner Handelskammer sowie die Gewerbevereine Sauer und Erlenzey wie auch der Rechtsanwalt Kohn aus Dortmund traten für die Schaffung von Arbeiterkammern ein. Professor Dr. Hige betonte die merkwürdige Tatsache, daß sowohl die Arbeitgeber wie auch die sozialdemokratische Partei für Arbeitskammern wären; er selbst trat nebst den Führern der christlichen Gewerkschaften Behrens, Giesbers, Schiffer und Schlad ebenfalls für die Arbeitskammern ein. Der Extrait dieser Debatte — die Gesellschaft für soziale Reform hält an dem unbegründeten Standpunkte fest, keine Abstimmungen vorzunehmen — war die Vertagung auf Arbeitskammern unter Angliederung an die sich allenthalben bewährenden Gewerbevereine. Der Vortrag des Professor Niehn über die Konsumvereinsbewegung war eine vortreffliche Beweisführung der Nützlichkeit der Konsumgenossenschaften und eine gründliche Mißbilligung der Konsumvereinsbewegung. Niehn hält die Konsumvereinsbewegung für eine natürliche Folge der großindustriellen Entwicklung; an die Stelle eigenwirtschaftlicher Gewinnschreier sei das gemeinwirtschaftliche Konsuminteresse als Antrieb der menschlichen Arbeit getreten, die den größtmöglichen sachlichen Erfolg erstrebt. Die Konsumgenossenschaftliche Tätigkeit ergänze aber auch in mehrfacher Beziehung die auf Hebung der Lebensverhältnisse gerichteten Bestrebungen der Arbeiter; insbesondere sichere sie vielfach erst den tatsächlichen materiellen Erfolg gewerkschaftlicher Arbeit, auch vermag sie den Arbeitern direkten und indirekten Einfluß auf eine fortschrittliche Gestaltung des Arbeitsverhältnisses zu verschaffen. Hinsichtlich der Beseitigung der Konsumvereine führte Niehn aus, daß bei richtiger Anwendung der Steuergesetze die Konsumvereine nicht besteuert werden können; eine Sonderbesteuerung der Konsumgenossenschaftlichen Warenmärkte sei nichts anderes als eine in gesetzlicher Form ausgeübte Expropriation der Ersparnisse meist armer Leute, die Warenhandwerker sei also abzulehnen oder aufzuheben. Gewerbesteuer könne erst bei einer veränderten Steuer- gesetzgebung von den Konsumvereinen verlangt werden. Nach dem heutigen Stande des Steuerrechtes dürfe nur das Vermögen der Vereine mit seinen Zinserträgen besteuert werden, auch Grund- und Gemeindesteuer sei zu entrichten. In der Diskussion wandte sich nur der antisemitische Reichstagsabgeordnete Raab-Hamburg, der sich als ein Vertreter einer gesunden Mittelstandspolitik vorstellte, gegen die Ausführungen von Niehn, während Lic. Weber eine zweifelhafte Stellung einnahm. Die übrigen Redner, und darunter namentlich die Arbeitervertreter, traten jedoch entschieden für den Niehn'schen Standpunkt ein. In den Anschlag der Gesellschaft wurden u. a. auch Brust und Giesberts von den christlichen Gewerkschaften gewählt.

In Güstrow hatten sich 14 Bauarbeiter wegen Ausschreitungen gegenüber Arbeitswilligen zu verantworten; sie belästigten die in geschlossenen Zuge daher kommenden Streikbrecher und bewarfen dieselben auch mit Steinen. Das wurde als Landfriedensbruch angesehen und vom Schwurgerichte mit insgesamt 40 Monaten Gefängnis bestraft; sechs Angeklagte wurden freigesprochen. Die Forderungen der Buchbinder wurden in Hildesheim von den Arbeitgebern schon abgewiesen. — In Berlin haben bei der Firma Lüderich & Bauer 25 Buchbinderlehrlinge die Arbeit verlassen. Der Grund dazu ist ein ganz eigenartiger: Hier Lehrlinge hatten ihre Gesellschaft gemacht, wurden entlassen und erhielten ein günstiges Zeugnis von genannter Firma. Bei der mündlichen Prüfung stellte sich aber heraus, daß die Lehrlinge nicht im eiferntesten zu solchen Arbeiten gekommen waren; sie hatten alle zur Herstellung ihres Geschäftsfleißes — einer einfachen Arbeit — notwendigen Kenntnisse sich in der Fachschule angeeignet, die Probearbeit selbst in zwanzig Stunden nach Feierabend angefertigt. Die an dieser Prüfung geübte Kritik der „Buchbinder-Zeitung“ gab den 21 Lehrlingen dann Veranlassung, ihre Lehrstelle zu verlassen. Man kann begierig sein, wie sich die Handwerkskammer zu diesem Falle stellen wird, der an Lehrlingsausbeutung denn doch alles übertrifft. — In Grünstadt unterlagen die Buchbinder — Die Holzbildhauer errangen in Fürth einen teilweisen Erfolg.

**Griefkasten.**

E. Sch. in Halle a. S.: In diesem Falle verfaßt unsere Wissenschaft. Wir haben öfters den Namen „Mantegazza“ gehört, ob er aber in Wirklichkeit eine Autorität ist, kann nur im Vergleiche mit anderen Werken festgestellt werden und dann jedenfalls nicht von uns. — W. M. in Mainz: Wenn Sie eine Erwähnung in „Corr.“ für notwendig finden, so machen Sie das nur in Form einer kurzen Korrespondenz. — W. M. in H.: Nur verwendbar, wenn Sie uns aktuelle Buchdruckerangelegenheiten sofort mitteilen in der Lage sind. — O.-E. O.-I.: Wie steht es mit dem Rose Nr. 29721? — C. M.: Verlangen Sie einen Separatabzug Typographisches Zeichen von dem Herausgeber C. Kaulbe, Großdillstraße-Berlin, Dillstraße 15. Preis 1 Mk., Porto 10 Pf. — F. D. in Jena: Warum denn nicht? Also ran an die Kolonne! — W. Sch. in Darmstadt: 1,35 Mk.

**Bericht über die Wirksamkeit der paritätischen Tarif-Arbeitsnachweise im III. Quartale 1904.**

(Veröffentlicht vom Tarif-Amt der Deutschen Buchdrucker.)

Arbeitsnachweis zu:	Durchschnittl. arbeitslos pro Woche im						Bermittelt wurden im					
	Juli		August		Sept.		Juli		August		Sept.	
	£.	Dr.	£.	Dr.	£.	Dr.	£.	Dr.	£.	Dr.	£.	Dr.
Affenburg	10	1	13	2	11	7	4	—	4	—	4	—
Augsburg	5	—	8	—	8	—	1	1	8	—	6	—
Barmen	9	2	4	1	4	3	1	—	—	—	—	—
Berlin	379	117	629	128	439	122	79	29	111	46	125	44
Bielefeld	11	2	14	2	9	2	1	—	2	1	5	—
Bremen	12	2	24	4	38	6	16	1	3	2	24	4
Breslau	44	8	54	3	42	2	12	8	9	6	24	4
Chemnitz	19	3	21	4	24	3	4	4	5	1	17	4
Darmstadt	7	—	12	2	6	2	11	—	9	1	5	2
Deßau	14	1	15	1	16	1	2	—	8	1	1	2
Dortmund	2	1	4	1	4	—	1	—	—	—	1	1
Dresden	79	21	98	26	75	25	19	6	25	3	62	5
Düsseldorf	13	1	8	1	6	3	—	—	—	—	3	1
Essen	7	4	3	1	11	2	9	2	8	2	4	—
Frankfurt a. M.	39	12	39	14	37	17	6	1	14	3	12	4
Freiburg i. Br.	4	1	4	1	6	2	2	1	3	—	4	—
Götha	13	2	6	2	13	3	13	1	—	—	1	2
Hagen	3	1	6	1	6	2	2	1	—	—	—	—
Halle	20	7	22	6	19	8	12	2	9	2	17	1
Hamburg	137	20	191	24	141	22	32	6	28	3	61	9
Hannover	47	8	54	9	41	9	11	3	2	6	16	2
Hildesheim	10	2	—	—	1	3	6	1	—	—	—	—
Karlsruhe	10	2	8	2	10	2	2	1	—	—	2	—
Köln	6	—	9	—	5	—	2	—	—	—	10	—
Krefeld	14	3	24	5	24	6	8	1	4	—	5	1
König a. Rh.	6	1	10	1	4	2	4	—	5	—	1	1
Königsberg (Pr.)	18	1	32	1	28	1	1	—	3	—	3	—
Krefeld	6	1	6	1	10	1	3	—	—	—	—	—
Leipzig	83	8	77	35	79	31	141	34	99	33	146	45
Lübeck	6	—	4	1	6	1	1	—	1	—	1	—
Magdeburg	24	2	28	4	25	4	33	6	34	2	32	1
Mainz	13	1	14	1	8	3	6	—	—	—	17	2
München	67	21	71	24	97	23	61	10	37	6	24	4
Münster i. W.	3	1	1	2	1	2	2	—	—	—	5	—
Naumburg	14	1	4	2	7	2	5	—	6	—	2	—
Nürnberg	18	5	16	4	13	8	20	—	10	1	19	—
Osnabrück	9	1	16	—	18	—	4	1	—	—	1	—
Saarbrücken	3	1	3	1	2	2	6	1	1	—	2	1
Stettin	15	1	15	2	14	3	6	2	6	1	13	—
Stuttgart	40	8	68	15	74	15	24	10	12	4	18	3
Worms	3	1	2	1	2	1	2	—	1	—	—	—
Würzburg	6	1	9	—	13	1	10	1	8	—	1	—

1238 299 | 1442 | 1396 | 1394 348 | 676 | 132 | 488 | 122 | 686 | 146

**Im Durchschnitt waren arbeitslos pro Woche:**

Zum III. Qu. 1903: 1881	Seher	Zum III. Qu. 1903: 444	Druker
IV. " 1904: 1391	"	IV. " 1904: 365	"
I. " 1904: 709	"	I. " 1904: 271	"
II. " " 889	"	II. " " 261	"
III. " " 13'8	"	III. " " 328	"

**Untergebracht wurden:**

Zum III. Qu. 1903: 1678	Seher	Zum III. Qu. 1903: 324	Druker
IV. " 2284	"	IV. " 424	"
I. " 1904: 3127	"	I. " 1904: 493	"
II. " " 2136	"	II. " " 470	"
III. " " 1784	"	III. " " 399	"

**Nach den Reichstagsberichten des Verbandes der Deutschen Buchdrucker arbeitslos am Orte und auf der Reise:**

Zum III. Quart. 1903: 325 697	Sege	Zum I. Quart. 1904: 144 993	Sege
IV. " " 213 017	"	II. " " 186 035	"

**Verbandsnachrichten.**

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Gnamptoplatz 5, III.

**Bezirk Duisburg.** Die letzte diesjährige Bezirksversammlung findet Sonntag den 27. November, nachmittags 4 Uhr, in Duisburg statt. Anträge sind bis zum 10. November an B. Hübbrink, Kammerstraße 141, einzureichen. Tagesordnung und Versammlungslokal wird den Mitgliedern durch Zirkular bekannt gegeben.

**Bezirk Wiesbaden.** Die nächste Bezirksversammlung findet am 13. November in Biedrich a. Rh. statt. Anträge hierzu sind bis zum 6. November an den Vorsitzenden Julius Braun in Wiesbaden, Jahnstraße 19, einzureichen.

**Brandenburg a. H.** Die Herren Verbandsfunktionäre werden gebeten, die Personalien des Segers Max Quaschnick an Otto Zimmermann, Gutenbergsstraße 15, einzufenden. Du. war vom 26. September bis 12. Oktober im Krankenfaule zu Trebbin, ohne sich beim Trebbiner Kassierer zu melden. Ferner sind Du. 2 Mk. auszulagern, welche dann von Brandenburg a. H. aus zurückgeführt werden.

**Kaiserslautern.** Die Herren Verwalter werden ersucht, dem Seger Paul Sperling (Haupt-Nr. 37 284) 1,40 Mk. zuviel bezogenes Krankengeld in Abzug zu bringen und hierher einzufenden. Ferner sind demselben 81 vorher bezogene Meistertage zu den jetzt laufenden in Anrechnung zu bringen.

**Zur Aufnahme** haben sich gemeldet (Eingewundenen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum der Nummer an die beigelegte Adresse zu richten):

In Barmen die Seger I. August Hammann, geb. in Barmen 1881, ausgel. das. 1901; 2. Frh. Spahn, geb. in Elberfeld 1879, ausgel. in Barmen 1898; waren schon Mitglieder. — In Remscheid die Seger I. Karl Heyser, geb. in Hannover 1882, ausgel. das. 1901; war noch nicht Mitglied; 2. Otto Schlieper, geb. in Radevormwald 1880, ausgel. in Halber i. W. 1899; 3. Karl Zirkel, geb. in Königsberg in Franken 1855, ausgel. in Kalsfurt a. Main 1871; waren schon Mitglieder. — Karl Kinsau in Barmen, Rüdigerstraße 7.

In Biedrich der Drucker Karl Hagenberger, geb. in Biedrich 1884, ausgel. das. 1901; war noch nicht Mitglied. — In Limburg der Seger Heinrich Großheim,

geb. in Berghausen 1886, ausgl. in Limburg 1904; war noch nicht Mitglied. — In Schierstein a. Rh. der Schweizerdegen Georg Spreng, geb. in Weisenfeld (Oberbayern) 1887, ausgl. in Pfaffenlofen a. Fm (Oberbayern) 1904; war noch nicht Mitglied. — Julius Braun in Wiesbaden, Zahnstraße 19.  
 In Bielefeld 1. der Drucker Karl Sander, geb. in Magdeburg 1879, ausgl. das. 1897; die Seher 2. Fritz Delfe, geb. in Magdeburg 1879, ausgl. das. 1897; waren schon Mitglieder; 3. Theophil Sperling, geb. in Magdeburg 1881, ausgl. das. 1904; war noch nicht Mitglied. — Otto Mirow, Hermannstraße 61.  
 In Bremen die Seher 1. Oskar Alwin Steinbach, geb. in Weibendorf in Sachsen 1882, ausgl. in Glauchau 1900; war noch nicht Mitglied; 2. Johann Skupin, geb. in Bremen 1878, ausgl. das. 1896; war schon Mitglied. — F. Diefel, Weierbeich 32.  
 In Breslau der Seher Lothar Peterfnecht, geb.

in Breslau 1881, ausgl. in Ratibor 1901; war noch nicht Mitglied. — Herrn. Härtel, Friedrichstr. 100a, II.  
 In Dortmund 1. der Drucker Karl Seel, geb. in Oberlahnstein 1885, ausgl. das. 1903; war noch nicht Mitglied; die Seher 2. Otto Grieb, geb. in Uewen 1883, ausgl. in Witten 1892; 3. Bernh. Schorlemmer, geb. in Hohenlimburg 1882, ausgl. das. 1900; waren schon Mitglieder. — G. Veder, Kieselstraße 5, I.  
 In Potsdam der Seher Bruno Gädte, geb. in Briesen 1877, ausgl. in Thorn 1896; war noch nicht Mitglied. — In Poffen der Seher Arnold Kroschinski, geb. in Braunshweig 1885, ausgl. das. 1903; war noch nicht Mitglied. — O. Sendle in Brandenburg a. S., Plauerstraße 14.  
 In Biffingen (Saar) der Seher Max Maier, geb. in Lyrlaching 1877, ausgl. in Rosenheim 1897; war noch nicht Mitglied. — E. Madenach in Saarbrücken, Gärtnerstraße 23.

In Prag 1. der Schweizerdegen E. Richard Lange, geb. in Pr.-Friedland 1880, ausgl. das. 1898; 2. der Stempelschneider Friedrich Wilhelm Kaiser, geb. in Wut auf Föhr 1871, ausgl. in Leipzig 1890; waren schon Mitglieder. — Karl Krumert, Prag 599, II.  
**Arbeitslosen - Unterstützung.**  
**Hamburg.** Dem Seher Amandus Imbed von hier wurde in Nürnberg das Verbandsbuch (Hamburg-Altona 968) gestohlen. Demselben wurde eine neues (Hamburg-Altona Nr. 1024) ausgestellt und wird das alte hiermit für ungültig erklärt.  
**Nürnberg.** Die in Nr. 124 des „Corr.“ enthaltene Notiz betreffs des Sehers Imbed (Hamburg 968) hat sich insofern erledigt, als Buch- und Legitimation in Würzburg vom Kollegen Günther einem gewissen Schloffer Neu abgenommen und letzterer der Polizei übergeben wurde.

**Liedertafel Gutenberg von 1877**  
**Hamburg-Altona.**  
 Sonntag den 30. Oktober:  
**27jähriges Stiftungsfest**  
 bestehend in  
**Konzert und Ball in „Sagebiels Etablissement“**  
 (Weisser Saal)  
 unter Mitwirkung von Fr. E. Augustin, Sopran, Fr. C. Godowa (Schülerin des Altmeisters Goerner), Rezitation, sowie des Kollegen Herrn L. Fuchs, Bariton.  
 Saalöffnung 7 Uhr. \* Beginn des Konzerts 8 Uhr.  
 Eintritt für Mitglieder und deren Damen gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte frei. Eingeführte: Herr und Dame 1 Mk., jede weitere Dame 50 Pf.  
 Während der Vorträge bleiben die Saaltüren geschlossen.  
 Zu allseitiger Beteiligung ladet ein Der Vorstand.

**Dresdner Buchdrucker-Gesangverein.**  
 Sonntag den 30. Oktober:  
**Buntes Theater und Ball**  
 im grossen Saale des „Trianon“.  
 Einlass 3 Uhr. \* Anfang 4 Uhr. \* Ende 12 Uhr.  
 Humoristisches Programm. Zur Aufführung gelangt u. a.: „Onkel Lehmann aus Bärne“ und „Ein Viertelstündchen Minister“.  
 Eintrittskarten sind zu entnehmen beim Verwalter H. Steinbrück, Mathildenstr. 7, im Zigarrengeschäft des Koll. Schalle, Gerokstr. 11, und bei sämtlichen aktiven Mitgliedern.

**Gesangverein Gutenberg, Halle a. S.**  
 Dirigent: Herr Musiklehrer Otto Schwendler.  
 Sonntag den 30. Oktober findet in den Kaiserfüten (großer Saal) ein  
**Vokal- und Instrumentalkonzert**  
 unter Mitwirkung einer hervorragenden Konzertsängerin statt, wozu wir alle Kollegen freundschaftlich einladen.  
 Eintritt 25 Pf. im Vorverkauf. \* Gewähltes Programm. \* Abendkasse 40 Pf.

**Bestes Bildungsmittel für jüngere Gehilfen!**  
**Unterrichtsbriefe für Buchdrucker.**  
 Soeben erschienen: Serie A: Setzerbrief 26, Die Wein- u. Speisekarte.  
 Zu beziehen durch Julius Mäser in Leipzig-R., Senefelderstrasse No. 15.

**Seit Jahren Beschende und hochbeschäftigte kleinere Buchdruckerei**  
 in Hesse, mit Zeitung, an Konfurrenzlorem gr. Orte, an tücht. Bachmann sofort für 6000 Mk. verlässlich. Garantie für gute Größten. Werte Offerten unter Nr. 29 an die Geschäftsst. d. Bl.  
**Sichere Existenz!** Zu verk. gute klein. Buchdruckerei mit Grundst. u. Papiergeld, in kl. schön. Stadt. Hofeins, 5000 Einw.; es kann noch eine Zug. am Plage erweisen. Zug. mind. 10—12000 Mk. Carl Baumann, Hamburg 8. [14]  
**Akzidenzsetzer!**  
 Die Stelle eines ersten Akzidenzsetzers in unserer Druckerei soll sofort besetzt werden. Ein tüchtiger Zeichner wird vorzuzogen. Lohn 95 Kr. wöchentlich. Ansuchen mit Proberarbeiten binnen Ausgangs Oktober einzusenden an Det. Mallingske Bogtrykkeri A. S. Kristiania (Norwegen). [23]  
**Monolinefeger** mit mehrjähriger Praxis nach Bayern gesucht. Werte Off. mit Angabe des Alters, der Gehaltsanpr., Zeugnisabschr. unter Nr. 19 an die Geschäftsst. d. Bl. erbeten.  
**Notationsmaschinenmeister** für Frankfurter Maschine u. Stereotypie gesucht. W. Hoffm. Zeugnisabschr., Altersang., Gehaltsanpr. unter Nr. 20 an die Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

**Maschinenmeister**  
 wichtiger Zurechter von Werk-Stereotypplatten, findet sofort Aushilfsstelle bei Weimachten. Otto Bachmann, Saalgau (Württemberg). [25]  
**Nach Kiel oder Hamburg**  
 sucht ein 24jähriger, durchaus tüchtiger, selbständig arbeitender  
**Akzidenzsetzer**  
 per 7. November oder später dauernde Stellung. Selbstfertiger Muster sehen gern zur Verfügung. Werte Offerten erbeten an **May Schicht, Weldorf i. S.,** Bremers Geschäftsbücherfabrik. [11]  
**Typographfeger**  
 sucht sofort od. später Kondition in Leipzig. W. Hoff. unt. Nr. 30 a. d. Geschäftsst. d. Bl. erb.  
**Junger herrlicher Akzidenz-, Werk- und Katalogfeger** sucht als solcher dauernde Kondition. Eintritt 14 Tage nach Engagement. Werte Offerten erbeten unter „Setzer“ W. a. b. (Helmst.), Kaiserstraße 108, part. erbeten. [12]  
**Tüchtiger Schriftgießer**  
 an französischer Kompletmaschine s. s. m. sucht Stellung. Hamburg, Frankfurt a. M. und Offenbach bevorzugt. Werte Offerten unter Nr. 10 an die Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

**H. Andressen & Sohn, Hamburg.**  
 Fabrik von Matrizenpulver. [884]  
 100 Ko. 40 Mk. ab Hamburg.  
**Praktische Erfahrungen an der „Linotype“.** Preis 6 Pf. fr. E. Genssen, Quedlinburg, Steinweg 70.  
**Ohne Anzahlung!** Meyers Kleines Konversations-Lexikon, nur neueste Aufl., 3 Bde. à 10 Mk. (erste Monatsrate, 3 Mk., Mitte Januar 1905 fällig) überall hin franko. Büchervertreter, Berlin O 112, Samariterstrasse 24. Bitte verlangen Sie Bestellschein. [18]  
 Deutsche Rechtschreibung: „Wie schreibt du richtig?“ Von Heinrich Robert. 64 S. 8°. Preis 20 Pf. Portofreie Zustellung gegen Eins. in Marken. Hauptmerkmale des Buches: Keine Doppelschreibungen mehr; ganzb. und populäre Schreibw. (Lauttreue) unter Einhaltung d. amtl. Vordr. bzw. der Beschlässe des Rgl. Preuß. Staatsminist. v. 11. Juli 1903 (nach „Sarrazin“). Verlag von **Otto Roth,** Berlin N 0, Georgenkirchstraße 18. [22]  
 Offertenbriefe sind ausschließlich an die Geschäftsstelle des Corr. (Konrad Giesler), Leipzig, Salomonstr. 8, zu senden. Offertenbriefe ohne Freimarkte können nicht berücksichtigt werden. Die Geschäftsstelle des Corr.

**Verein aller in Schriftgießereien beschäftigten Arbeiter u. Arbeiterinnen Berlins und Umgegend.**  
 Sonntag den 30. Oktober:  
**Nach Zossen** zur Beschäftigung d. Kaufm. Monotypie-Geschäfts im Betriebe der Deutschen Buch- und Kunstdruckerei, G. m. b. H. — Abfahrt 8 Uhr 55 Min. vom Potsdamer Vorortsbahnhofe. Eins. und Rückfahrt 1.40 Mk. Billets nur am Schalter. Die Teilnehmer werden eruchtet, sich rechtzeitig auf dem Bahnhofe einzufinden.  
 Der Vorstand. [18]  
**Gesangverein „Typographia“ Darmstadt.**  
 Samstag den 29. Oktober, abends pünktlich 9 Uhr:  
**Bersammlung**  
 in der Restauration unssers Mitgliedes W. Hille, Arheigerstraße 50. Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert zahlreich. Besuch.  
 Der Vorstand.

**Maschinenmeister**  
 der in Drucke illust. Kataloge u. Akzidenzen tadelloso Arbeit liefert, sofort gesucht. Stellung ist dauernd und angeneh. Zuführten mit Alters- und Gehaltsangabe, Zeugnisabschriften und wenn möglich Proberarbeiten erbeten. Gottl. Schmidt, H. emscheid. [28]  
 Von einer größeren Buchdruckerei in Frankfurt (Hordr.) wird ein tüchtiger  
**Maschinenmeister**  
 gesucht, welcher mit der Herstellung von Prägearbeiten auf der Victoria-Tiegeldruckpresse und der Kniehebelpresse vertraut ist. Kenntnis der französischen Sprache erforderlich. Werte Offerten unter Nr. 26 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

**Galvanoplastiker**  
 sucht anderweite Stellung. Werte Offerten unter J. R. Nr. 17 an die Geschäftsst. d. Bl. erb.  
**Für die mir aus Anlass meiner 25jährigen Tätigkeit als Verbandsfunktionär dargebrachten Glückwünsche und Anerkennungsaufgaben sage ich allen meinen besten Dank.**  
 Breslau. **Hermann Schlag.** [16]

**Typographia**  
 \* \* \* Gesangverein \* \* \*  
 Berliner Buchdrucker u. Schriftgießer.  
 Sonntag den 30. Oktober, vormittags 10 1/2 Uhr, in den Arminhallen, Romanbantenstraße 20:  
**Generalversammlung.**  
 Tagesordnung: 1. Jahresbericht des Vorstandes; 2. Vereinskassensitzung (Bestätigung der zu treffenden Veranlassungen usw.); 3. Statutenberatung; 4. Neuwahl des Vorstandes; 5. Beschließendes.  
 Der sehr wichtigen Tagesordnung wegen eruchtet um vollständiges und pünktliches Erscheinen  
 Der Vorstand. [987]

**Todes-Anzeige.**  
 Am 20. Oktober verschied nach langem schweren Leiden an der Berufskrankheit unser lieber Kollege  
**Willy Burwitz**  
 aus Berlin im jugendlichen Alter von 22 Jahren.  
 Ein ehrendes Andenken wird ihm stets bewahren  
 Die Mitgliedschaft Dalsburg. [15]  
**Richard Härtel, Leipzig-R.**  
 (Inhaberin: Klara verw. Härtel)  
 Kohlgrabenstrasse 43  
 liefert Werke aller Art zu Ladenpreisen franko. Bestellungen nur direkt per Postanweisung erbeten.  
 Mein Gott dem Verbande. Männerchor von E. Wöhlke Jr. Part.-Ausgabe à 10 Pf.